

An  
Herrn Landrat Edgar Wolff und die  
Damen und Herren Kreisräte

**Kreisverband  
Göppingen**

**Martin Stölzle  
Vorsitzender**

Schloss 1 – 4  
73072 Donzdorf

Telefon: 07162/922-300  
Telefax: 07162/922-521  
E-Mail: martin.stoelzle@donzdorf.de

Donzdorf, 30.11.2023

## **Kreisumlage 2024**

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,  
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

wie in jedem Jahr, so steht auch im Dezember 2023 die Diskussion und Verabschiedung des Haushaltsplanes des Landkreises Göppingen auf der Tagesordnung des Kreistages und wie in jedem Jahr bitten die Oberbürgermeister und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises um Gehör und Beachtung der gemeindlichen Interessenslagen. Dabei wollen wir an den Grundgedanken des vergangenen Jahres anknüpfen und in Erinnerung bringen, dass es Konsens in weiten Teilen unserer Gesellschaft ist, dass die Politik des „weiter so“ beendet werden muss und ein Umdenken hin zu Bürokratieabbau, Verfahrensbeschleunigung und subsidiären Zuständigkeiten erfolgen muss. Auch die überbordenden Rechte von einzelnen Personen und Personengruppen müssen zugunsten gesamtgesellschaftlicher Ziele endlich auf ein vernünftiges Maß zurückgenommen werden.

„Vor diesem Hintergrund blicken wir als kreisangehörige Gemeinden mit gleicher Sorge auf Kreispolitik und Kreishaushalt, die von eben dieser „Abkehr vom weiter so“ nichts erkennen lassen“ – so haben wir es im vergangenen Jahr mit Schreiben vom 23.11. formuliert und genau den gleichen Sachverhalt müssen wir bedauerlicherweise auch für den Kreishaushalt 2024 feststellen. Weder bei der Landkreisverwaltung noch bei den bisherigen Äußerungen der Fraktionen war und ist ein ernsthafter Sparwille zu erkennen, und wer versucht herauszufinden, unter welchen Prioritätensetzungen die Haushalts- und Investitionspolitik des Landkreises steht, der sucht in dem umfangreichen Zahlenwerk und den bisherigen Darlegungen vergebens. Als Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinde sind wir es gewohnt, bei der Haushaltsplanaufstellung zu allererst die Fragen zu stellen wieviel Geld ich habe und was ich mir leisten kann. Diese Fragestellungen scheinen bei der Aufstellung des Landkreishaushaltes kaum eine Rolle gespielt zu haben, denn die im Haushaltsentwurf festgestellte Deckungslücke von rund 30 Millionen Euro wird flugs durch eine Rücklagenentnahme kompensiert, also mit Geldern, die den Kommunen in den vergangenen Jahren über die Kreisumlage entzogen worden waren. Wer dabei gleichzeitig noch im Auge hat, dass die Einnahmen des Landkreises aus der Kreisumlage trotz gleichbleibenden Hebesatzes um über 15 Millionen Euro steigen kommt nicht umhin, sich die Frage zu stellen, wie intensiv aktuelle und kommende Einsparmöglichkeiten diskutiert werden und wurden. Für uns unbeantwortete Fragen sind beispielsweise

- Wie kann in einer solchen Situation ernsthaft über eine quantitative Ausweitung des ÖPNV nachgedacht werden, wenn heute schon festgestellt werden kann, dass eine große Anzahl von Bussen leer oder mit minimaler Fahrgastzahl durch den Landkreis fährt?
- Muss es tatsächlich sein, erhebliche Mittel in Planung und Bau eines Radschnellweges zu investieren, von dem nur wenige Kommunen profitieren und der auch dort nur auf geteiltes Echo stößt?
- Wurden wirklich alle Sozialleistungen – die Freiwilligen wie die Verpflichtenden – auf Notwendigkeit und möglichst effizienten Mitteleinsatz untersucht?
- Ist es wirklich notwendig und sinnvoll, dass sich der Landkreis dauerhaft an den Kosten eines Gewerbegebietes beteiligt?
- Auch wenn die Frage im Moment wenig opportun erscheint: Ist es tatsächlich notwendig und sinnvoll, dass der Landkreis eine halbe Armada von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im weiten Bereich des Klimaschutzes beschäftigt, die den Kommunen Beratungsleistungen und Unterstützung anbieten, welche von den Kommunen weder angefordert noch benötigt werden?
- Ist eine Steigerung der Personalaufwendungen um nahezu 15% sinnvoll und notwendig?
- Wir alle kennen die Notwendigkeiten, flexible Arbeitsbedingungen zu schaffen. Ob dabei aber die Homeoffice Regelungen in Verbindung mit Hardware und Softwareausstattung im vorhandenen und geplanten Umfang notwendig sind erscheint zumindest fraglich, wenn trotz allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Homeoffice erreicht werden zur Antwort geben, dass Sie diese Anfrage nicht beantworten können, da die dazugehörigen Akten im Landratsamt stehen?
- Entgegen allen Prognosen schreibt die Klinik auch im laufenden Betrieb erhebliche Defizite und wird dies wohl auch in absehbarer Zukunft nicht ändern können. Stellt man dies in Zusammenhang mit den immensen Anstrengungen und Aufwendungen zur Flüchtlingsunterbringung, dann muss die Frage erlaubt sein, ob es nicht möglich wäre, dem Land, das händeringend Standorte für Erstaufnahmen sucht das alte Klinikgebäude zumindest für einige wenige Jahre zur Verfügung zu stellen und im Gegenzug die Forderung zu erheben, dass dann keine weiteren Zuweisungen von Flüchtlingen an den Landkreis erfolgt?
- Und last but not least muss auch in diesem Jahr darauf hingewiesen werden, dass der durchschnittliche Hebesatz der Kreisumlage in Baden- Württemberg im Jahr 2023 bei 29,11 Punkten und der Landkreis Göppingen damit erkennbar über diesem Landesdurchschnitt liegt. Wir alle wissen, dass die Steuerkraft des Landkreises unterdurchschnittlich ist, aber dies beruht darauf, dass auch die Steuerkraft der Kommunen unterdurchschnittlich ist und insoweit daraus keine Rechtfertigung für eine über dem Durchschnitt liegende Kreisumlage erfolgen kann.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass die Städte und Gemeinden des Landkreises nicht den Eindruck haben, dass der Landkreis alle möglichen Einsparpotenziale nutzt und es an einer fundierten und umfassenden Aus- und Aufgabenkritik fehlt. Würde dies konsequent umgesetzt wäre aus unserer Sicht eine gute Entwicklung des Landkreises auch bei einem deutlich geringeren Kreisumlagehebesatz möglich.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Stölzle